

Deutsch-Chinesisches Verbindungsbüro: Hanebüchene Idee der Verwaltung!

Der Plan der Stadt Bocholt, insgesamt 270.000 Euro für ein deutsch-chinesisches Verbindungsbüro, das bei der Wirtschaftsförderungs- und Stadtmarketing-Gesellschaft angegliedert werden soll, auszugeben, stößt beim CDU-Ortsverband Bocholt-Mitte auf deutliche Kritik.

Dazu erklärt der Ortsverbandsvorsitzende Thomas Eusterfeldhaus:

„Mit Blick auf die geplante ‚Shenyang-Connection‘ fragen sich inzwischen viele Bürgerinnen und Bürger, welche hanebüchenen Ideen und Vorschläge die Stadtverwaltung wohl als nächstes präsentieren wird. Vermutlich sind es Forderungen nach einem ständigen Sitz Bocholts im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen oder dem Beitritt zur Welthandelsorganisation. Vielleicht möchte Herr Triphaus aber auch einfach nur FIFA-Präsident werden.

Spaß bei Seite. Die geplanten Ausgaben in Höhe von 270.000 Euro für das ominöse Verbindungsbüro lassen sich in keiner Weise rechtfertigen, zumal die Verwaltung offenbar noch nicht einmal in der Lage ist, konkret einzuschätzen, ob sich die Investition für die Stadt in irgendeiner Art und Weise rentiert. Es wäre daher völlig unverantwortlich, in dieses hanebüchene Projekt eine hohe sechsstellige Summe öffentlicher Gelder zu investieren. Es wird dringend Zeit, dass die Verantwortlichen innerhalb der Verwaltung von Seiten der Politik in die Schranken gewiesen werden.

Ganz nebenbei: Wenn es um die Zukunft Bocholts geht, sollten wir als Kommune unser Augenmerk verstärkt auf diejenigen Damen und Herren richten, die ausgerüstet mit Schnullern und Kuscheltieren durch unsere Kindertagesstätten krabbeln, und nicht auf eine Acht-Millionen-Metropole irgendwo mitten in China.“

Fall Mertens: Junge Union fordert lückenlose Aufklärung durch die Kommunalaufsicht des Kreises Borken

In der aktuellen Debatte um die Verdienstausschüttungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Mertens fordert die Junge Union Bocholt, die zuständige Kommunalaufsicht des Kreises Borkens zur lückenlosen Aufklärung der Vorwürfe einzuschalten.

Hierzu erklärt der Vorsitzende der Jungen Union Bocholt, Julian Kiefmann: "Wir haben volles Vertrauen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes und des Rechtsreferates der Stadt Bocholt. Nichtsdestoweniger lässt sich die Gefahr von Interessenkonflikten nicht gänzlich ausschließen. Aufgrund der schwerwiegenden Vorwürfe, die gegen Herrn Mertens erhoben werden und die möglicherweise auch noch zu einer juristischen Aufarbeitung führen, fordern wir den Bürgermeister auf, den in Rede stehenden Sachverhalt extern, etwa durch die zuständige Kommunalaufsicht, prüfen zu lassen. Zumal offenbar bereits völlig widersprüchliche Aussagen des ehemaligen Arbeitgebers von Herrn Mertens zu etwaigen Gehaltskürzungen vorliegen, die weitere dringend zu klärende Fragen aufwerfen. Im Ergebnis erwarten wir eine schnellstmögliche und lückenlose Aufklärung des Sachverhalts.“

Von A wie Angela Merkel bis Z wie Zinstief

Die Bürgerversammlung der CDU SüdOst am Montagabend war eine kurzweilige und informationsreiche Veranstaltung. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger konnten im direkten Kontakt mit dem Bundestagsabgeordneten Johannes Röring die unterschiedlichsten Fragen und Themen diskutieren. Auch die örtlichen Kommunalpolitiker standen den Gästen für einen Austausch zur Verfügung. "Das Ziel der Veranstaltung ist aufgegangen", so Andreas Pferdekemper - Ortsverbandsvorsitzender der CDU im Bereich Lankern, Biemenhorst, Rosenberg und Fildeken. "Der Dialog stand im Mittelpunkt - keine Politikerreden", so Pferdekemper weiter. Die Euro- und Finanzmarktkrise, Familienpolitik, Energiewende, Bahnstrecke Bocholt-Wesel, Schule und Kita vor Ort, Auslagerung Jugendamt u.v.m. war "Gesprächsstoff". So waren schnell über 2 Stunden vergangen. Johannes Röring bedankte sich für den Abend. Ihm ist der direkte Austausch enorm wichtig. Solche Veranstaltungen sollten öfter stattfinden - mit diesem Fazit trennten sich am späten Abend die Wege. Das Thema Kubaii musste u.a. am Ende ausgeklammert werden. Hier ist auf die geplante Veranstaltung des Stadtverbandes verwiesen worden.



MIT Bocholt / Rhede besichtigt Rose Versand

Die MIT Bocholt-Rhede lud die Mitglieder und Interessierte am 16.04.2013 zu einer Besichtigung des Logistikzentrums der Firma Rose Versand in Bocholt ein.

Eine Gruppe von 25 Personen nahm an der Veranstaltung teil. Herr Dienberg (Leiter des Logistikzentrums) führte die Besuchergruppe durch den Betrieb und erläuterte alle Betriebsvorgänge bis in kleinste Detail: von der Warenannahme, Einlagerung, Kommissionierung, Versand und der kundenindividuellen Fahrradmontage. Jeder Kunde kann sein Rad auf sein persönliches Maß bestellen – somit ist jeder Rat ein Unikat. In allen Bereichen wird außerordentlich großen Wert auf die Kundenzufriedenheit gelegt – dies geschieht durch einen schnelle Auftrags- aber auch der Retourenabwicklung und einer Überprüfung der Qualität in allen Arbeitsschritten. Die Teilnehmer waren von der Vielfalt des Angebots der Firma Rose Versand überrascht. Es werden ca 35.000 Artikel im Versand-Handel angeboten, ca. 100 bis 150 Räder pro Tag montiert und je nach Saison 1000 bis 7000 Pakete in alle Welt versandt.



Deutsch-Chinesische Kontakte: Junge Union ist verärgert über die Vorgehensweise der Stadtverwaltung

Die Junge Union zeigt sich verärgert über die Vorgehensweise der Bocholter Verwaltung hinsichtlich der geplanten Einrichtung eines deutsch-chinesischen Verbindungsbüros und kritisiert in diesem Zusammenhang die fehlende Beteiligung der politischen Gremien. Ausgangspunkt der Kritik ist eine „Ideenskizze“ von Prof. Dr. Volker Rittner von der Sporthochschule Köln, die er im Juni 2011 anlässlich des Plans zur Einrichtung eines deutsch-chinesischen Fußballzentrums im Kreis Borken veröffentlicht hat. In diesem Papier wird die Stadt Bocholt explizit als Kooperationspartner benannt.

Dazu erklärt der Bocholter JU-Vorsitzende Julian Kiefmann: „Offensichtlich führt die Stadt Bocholt bereits seit zwei Jahren Gespräche über mögliche Kooperationen mit der chinesischen Provinz Liaoning. Anstatt jedoch die politischen Gremien der Stadt Bocholt daran zu beteiligen bzw. diese über den Fortgang der Gespräche regelmäßig zu unterrichten und damit auch für Transparenz zu sorgen, hat sich die Verwaltung zwei Jahre in Schweigen gehüllt. Erst nachdem bereits die wesentlichen Entscheidungen hinter den Kulissen getroffen wurden, meldet sich die Verwaltung bei den politisch Verantwortlichen und bittet um Bereitstellung finanzieller Mittel zur Umsetzung eines Projektes, über das politisch vorher nie diskutiert worden ist. Diese Vorgehensweise ist mehr als nur befremdlich.“

Auch die schriftliche Konzeption der Verwaltung zur möglichen Einrichtung des besagten Verbindungsbüros, die der inzwischen veröffentlichten Ratsvorlage beigelegt ist, spiegelt die fragwürdige Vorgehensweise der Verwaltung wieder. So spricht die Verwaltung darin davon, dass „zeitnahes Handeln“ erforderlich sei und „diese besondere Gelegenheit zügig genutzt werden sollte“. Damit werden die politisch Verantwortlichen zum wiederholten Male bewusst unter zeitlichen Druck gesetzt, was aus Sicht der Jungen Union völlig inakzeptabel ist.

„Bei einer Investition in sechsstelliger Höhe bedarf es einer breiten politischen Diskussion über das Für und Wider des Projektes und eben keines Hauruckverfahrens, wie es offenbar von der Verwaltung beabsichtigt ist. Mit Blick auf die in weiten Teilen doch sehr vagen Aussagen zu den Vorteilen des Projektes für die Stadt Bocholt ist eine breite Diskussion jedenfalls dringend von Nöten“, so Julian Kiefmann.